

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Greshmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 M. 50 Pf., mit Postlohn 2 M.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

Verbreitung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: H. Woffe, Haackstein & Bogler, G. L. Daube,  
Invalidenamt. Berlin: Bernh. Arndt, Mar. Gersmann.  
Görlitz: W. Thiemann. Greifswald: G. Jülich. Halle a. S.  
J. L. Bock & Co. Hamburg: Joh. Neubaar, A. Steiner,  
W. W. Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Heinr. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

## Preussische Zentralgenossenschaftskasse.

Das Direktorium der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse hat beschlossen, den Zinsfuß in der laufenden Rechnung vom 1. Oktober 1898 bis zum 31. März 1899 auf 4 v. H. für Vorschüsse und auf 3 v. H. für Einlagen festzusetzen.

Seit der Errichtung der Anstalt war an einem Zinsfuß von 3 v. H. best. 2 1/2 v. H. selbst dann festgehalten worden, wenn sich der offizielle Zinsfuß der Reichsbank zeitweise höher stellte. Das Direktorium hat sich jedoch jetzt zu einer Verringerung des Zinsfußes entschließen müssen, nachdem es sich unzweifelhaft herausgestellt hat, daß man in Deutschland für die Folgezeit wieder mit einem durchschnittlichen Zinsfuß der wesentlichen höher ist als 3 v. H., zu rechnen haben wird. Bereits in der diesjährigen Sitzung des Ausschusses am 14. Juni wurde durch den Präsidenten der Anstalt die Mitteilung gemacht, daß man höchstwahrscheinlich mit einer Erhöhung des Zinsfußes würde zu rechnen haben. Das Direktorium hat mit seiner Entscheidung möglichst lange in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse auf dem Geldmarkt vielleicht doch noch wieder günstiger gestalten könnten, zurückgehalten. Als die Preussische Zentralgenossenschaftskasse am 1. Oktober 1895 den Zinsfuß für zu gewöhnliche Darlehen auf 3 v. H. festsetzte, stand dieser Zinsfuß mit demjenigen des allgemeinen Geldmarktes genau im Einklang. Im Durchschnitt des Jahres hatte sich der offizielle Diskontsatz der Reichsbank für 1894 auf 3 1/2 v. H. und der Privatdiskont auf der Berliner Börse auf 1,77 v. H. gestellt. Für das Jahr 1895 stellte sich für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September (am 1. Oktober trat die Anstalt ins Leben) der durchschnittliche Privatdiskont auf 1,71 v. H. Die Einführung des 3 v. H.-Zinsfußes war unter diesen Umständen daher durchaus angemessen. Seit jener Zeit (1895) haben sich nun aber die Verhältnisse auf dem Geldmarkt vollständig verändert. Der durchschnittliche Zinsfuß der Reichsbank betrug für 1896 bereits 3,6 v. H., für 1897 3,8 v. H., und für 1898 haben wir jedenfalls mit einem 4 v. H. übersteigenden Jahresdurchschnittssatz zu rechnen. Nebenbei war die Bewegung des Privatdiskonts auf der Berliner Börse. Der Privatdiskont betrug im Durchschnitt des Jahres 1894, wie erwähnt, 1,77 v. H.; 1895 2,02 v. H.; 1896 3 v. H.; 1897 3,20 v. H. Aus dieser anhaltenden Steigerung der Zinssätze, die auch aus der ganzen Lage des Geldmarktes deutlich hervorgeht, wird es sich hier nicht nur um eine vorübergehende Erscheinung, sondern daß es sich vielmehr ganz allgemein um eine Hebung des landesüblichen Zinsfußes in Deutschland handelt. Nachdem außerdem noch im April-Juni-Quartal, d. h. in dem Quartal des Jahres, das im Allgemeinen ergebnismäßig die niedrigsten Privatdiskontsätze aufzuweisen hat, der durchschnittliche Privatdiskont auf 3,32 v. H. (der Durchschnitt für den Monat Juni allein beträgt sogar 3,58 v. H.), also weit über den bisher von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse für Vorschüsse geforderten Zinsfuß gestiegen war, war es dem Direktorium, das mit der Beschaffung der erforderlichen Mittel auf den Geldmarkt angewiesen ist, nicht mehr möglich, den 3 v. H.-Zinsfuß auch für das Winterhalbjahr 1898/99 aufrecht zu erhalten. Das Direktorium befindet sich zu seinem Bedauern daher zur Zeit in der Zwangslage, auf die der Herr Finanzminister bereits vor mehr als zwei Jahren in der 61. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. April 1896 hingewiesen hat, als er ausführte, daß, wenn sich der Geldmarkt gänzlich ändern würde, auch die Kasse nicht bei den gegenwärtigen Zinsbedingungen (d. h. 3 v. H.) stehen bleiben könne, denn sie ließen sich im großen Ganzen nicht unabhängig machen von der Lage des Geldmarktes. Getreu ihrer Aufgabe, den Zinsfuß möglichst stabil zu erhalten, hat die Preussische Zentralgenossenschaftskasse in den verflochtenen drei Jahren dies gegenüber den schwankenden Zinsfüßen auf dem Geldmarkt vorübergehend selbst mit nicht unerheblichen Opfern gethan. Erst die gänzlich veränderten Verhältnisse, die sich auf dem Geldmarkt herausgebildet, haben die Anstalt gezwungen, ihnen durch Erhöhung des Zinsfußes Rechnung zu tragen.

## Der spanisch-amerikanische Krieg.

Wie in Washington verlautet, besteht die Antwortnote der spanischen Regierung aus etwa 1200 Worten und ist in fünf Abschnitte geteilt. Dieselben sollen sich auf Kuba, Puerto Rico, die Azoren, die Befestigung Manilla und die Einsetzung einer Kommission beziehen, die kubanische Schuld aber unerwähnt lassen. Die Note erklärt sich prinzipiell damit einverstanden, daß die spanische Oberhoheit über Kuba aufhöre, werfe jedoch die Frage der künftigen Verwaltung der Insel auf, wobei sie in bestimmter Weise auf die Vereinigten Staaten fallen soll. Die Insel unter Verwahrung des Umfangs der spanischen Interessen verwalten. Der Zeitpunkt der Klärung der Insel werde als einer der Details hingestellt, deren Regelung der Kommission zu überlassen sei. Die letztere werde aus je 5 Mitgliedern beider Staaten bestehen und wahrheitsgemäß in Paris tagen. Ein weiteres Telegramm aus Washington vom 10. August besagt: Der französische Vorkämpfer Cambon theilte seiner Vermittlung mit, wobei er den Wunsch ausdrückte, daß Amerika noch bezüglich der für den endgültigen Friedensschluß nötigen Einzelheiten von Spanien eine Antwort erhalte. Nach der Konferenz Mac Kinnels und Cambons fand ein Kabinettsrat statt. Aus der langen Dauer jener Konferenz schließt man, daß die spanische Antwort in einigen Beziehungen unbefriedigend war. Der Sekretär des Kriegsdepartements Alger erklärte einem Berichterstatter, die ganze Frage werde noch weiteren Ermächtigungen unterliegen. Man sieht aus alledem, daß die Friedensfrage noch keineswegs als gelöst betrachtet werden darf und daß es namentlich nicht so schnell mit dieser Lösung gehen wird, wie bisher vielfach angenommen wurde. — Auch für Spanien ist ja die Friedensfrage mit mancherlei Veränderungen innerer Natur verknüpft, die jeden-

falls auch dazu beitragen werden, den definitiven Friedensschluß einigermaßen in die Länge zu ziehen. Ein Theil dieser Schwierigkeiten wird jetzt von den spanischen Vätern zum Gegenstand von Besprechungen gemacht. So sagt der „Imparcial“, die Mehrzahl der Persönlichkeiten, welche Sagasta befragt, äußerte ihre Meinung dahin, daß ein neues Kabinet nötig sei, um über den Frieden zu verhandeln. — Der „Liberal“ verlangt die Einberufung der Cortes oder die Aufhebung des Belagerungszustandes. — Der ministerielle „Globo“ glaubt, es sei notwendig, die Cortes einzuberufen, um die Friedensverhandlungen gutzuheißen.

Ein Telegramm aus Washington meldet, daß in der Friedensfrage ein Einvernehmen erzielt und ein Protokoll, enthaltend die Friedensbedingungen, abgefaßt worden ist.

Staatssekretär Day hat Folgendes bekannt gegeben: Wir haben ein Einvernehmen getroffen hinsichtlich eines Protokolls, welches die Friedensbedingungen umfaßt, darunter die Klärung von Kuba und Puerto Rico. Wir glauben, daß dieses Protokoll zur Ausführung kommen wird.

In unterrichteten Kreisen wird berichtet, daß die Friedensbedingungen diejenigen sind, welche der Präsident Mac Kinnel in seiner Note verlangt hat. Man glaubt, daß vor der Unterzeichnung des Protokolls nur noch einige Formalitäten zu erledigen sind.

Eine Newyorker Drahtung des „Globe“ meldet, die Antwort der Unionsregierung auf Sagastas Note sei vorbereitet; sie betrauche Spaniens Annahme der vier amerikanischen Hauptbedingungen als bona fide erfolgt und erkläre, die Regierung der Vereinigten Staaten sei bereit, die Protokolle für Friedensschluß auf Grundlage dieser Bedingungen auszuwechseln. Der Friedensschluß dürfe indeß nicht von der Zustimmung der Cortes abhängen, dagegen verlange die Regierung nicht, daß Spanien auf den Friedensschluß warte, bis der Senat den Friedensvertrag bestätigt habe.

Dem „Neueren Bureau“ wird über Hongkong vom 30. Juli aus Manila gemeldet, daß der Mangel an Lebensmitteln sich immer mehr fühlbar macht. Es sei kein Fleisch, Brod und Mehl mehr vorhanden außer kleinen für die Truppen erforderlichen Beständen. Regenfälle und Hungersnöth verursachen eine Epidemie, die man für Malaria hält. Die Eingeborenen äßen Matten und Mäuse. Hunde und Pferde wurden geschlachtet. Die Vorräthe an Reis würden bald erschöpft sein.

Wie das „Neueren Bureau“ vom 3. d. Mts. aus Manila erfährt, wurde in der Nacht des 31. v. Mts. ein starkes Geschützfeuer auf die Stadt unterhalten. Viele Geschosse schlugen in der Stadt ein, mehrere erreichten die Zitadelle. Mehrere Frauen sollen getödtet sein. Innerhalb der Mauern herrscht eine furchtbare Panik. Eine Granate kreperte in einer Batterie und tödtete zwanzig Personen. Das Bombardement beschädigte viele Häuser. 1500 Gebäude sind niedergebrannt. Der englische Konful ist an Dysenterie erkrankt. Man hat auf halbamtlichen Wege versucht, einen Waffenstillstand zu erlangen; aber die Amerikaner erklärten, sie hätten keine Ermächtigung, irgend einen Vorschlag, außer den der Uebergabe, anzunehmen.

## Aus dem Reich.

Auf das Auditionsprogramm an Seine Majestät den Kaiser, das die zur 50jährigen Jubelfeier in Barmen versammelten 6000 Vertreter der 32 000 Mitglieder des Westfälischen Jünglingsbundes abgeben, ist folgende telegraphische Antwort eingelaufen: „Barmen, 9. August. Se. Majestät der Kaiser und Königin haben Allerhöchst sich über den Ausdruck treuer Ergebenheit seitens des Westfälischen Jünglingsbundes geäußert und wünschen dem Bunde auch in den nächsten 50 Jahren fruchtbarer Weiterentwicklung und gegenseitigen Erfolgs. Auf Allerhöchsten Befehl gez. v. Lucanus, Geh. Rabinetsrath.“

Fürst Herbert Bischoff begiebt sich nächste Woche mit seiner Gemahlin von Vargin nach Gimm. — Die gestern Abend in Barmen veranstaltete Trauerfeier für den verstorbenen Fürsten Bischoff nahm einen imposanten Verlauf. An dem die Hauptstraßen passirenden Fackelzug beteiligten sich gegen achttausend Personen. Sechs Militär-Musikkapellen spielten den Beethoven'schen Trauermarsch. Vor dem Bismarckdenkmal auf dem Wilhelmplatz hielt jodann Oberpräsident Freiherr von Wilmowitz-Möllendorf eine kurze Ansprache. — Der Bestand an Kriegsfahrgätern bei den Infanterie-Bataillonen ist jetzt vermindert worden, so daß nunmehr jedes Bataillon mit vier Wägen ausgerüstet ist. Gleichzeitig sind genaue Bedingungen für die Lieferungen, sowie die wichtigsten Direktiven für Prüfung und Abnahme der Armeefahrer aufgestellt worden. Die Fahrer müssen für angeregte Tourenfahrten geeignet sein, von starker, dauerhafter Bausart mit einer Tragfähigkeit bis zu 85 Kilogramm. Das Höchstgewicht darf nur 16 Kilogramm betragen. Die Fahrer sind mit sämtlichen Zubehörstücken zu liefern. Die im Inland zu fertigenden Fahrer sollen aus ausgesuchtem besten Theile und Materialien hergestellt werden, größte Sorgfalt, Sauberkeit und Genauigkeit sind für die Herstellung zur ersten Bedingung gemacht. Um das Erkennen der Fahrer im Felde zu erleichtern, werden alle Schrauben gebläut, die blanken Theile blüht und alle Konstruktionsstelle, so weit als möglich, schwarz emaillirt. Der Fahrer muß sich zu kostenloser Beilegung aller Mängel, die im Laufe eines Jahres hervortreten, verpflichten. — In der gestrigen Stadtsverordnetenversammlung zu Köln wurden zwei größere Kommissionen, aus Stadtverordneten und Bürgern bestehend, gebildet zur Feststellung des durch die letzten Unwetter verursachten Schadens und Vertheilung der zu sammelnden Gelder. Oberbürgermeister Becker hob hervor, daß er mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, sowie mit Vertretern der Regierung Besprechungen der durch das Unwetter heimgesuchten Orte vorgenommen und erkannt habe, daß das Gendebiet jart, daß schleunige Hilfe Noth thue. — Am 6. d. M. wurde das von der Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt der Provinz Hannover in der Nähe von Jellefeld errichtete Gedenkhaus für weibliche Kungentrante eingeweiht. Es ist für 50 Kranke eingerichtet. — Wegen Vertheilung an der Wahlstation für

den Kandidaten der Polen ist, wie das „Bromberger Tageblatt“ meldet, der Gemeindevorsteher von Einick durch den Amtsvorsteher seines Amtes entsetzt worden. — Ende voriger Woche fand eine Vereisung des Mesengebietes zum Zwecke der Erörterung der Thalsperrenfrage statt. An der Vereisung nahmen Theil: der Oberpräsident Fürst Gafeldt, der Kommissar des Landwirtschaftsministeriums, von Münstermann, der des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Reichard, ferner der Obertribundirektor Samel, Bauarch Gantz mit dem Meliorationsbauinspektor Dübisch, endlich Prof. Dr. Jäne und der Landesgeologe Dr. Lepa. Auf Grund der technischen Vorarbeiten und der gepflogenen Verhandlungen sind die Theilnehmer der Vereisung zur Ansicht gelangt, daß die Untergrundverhältnisse und die Beschaffenheit des nahe erreichbaren Baumaterials an den meisten der für Thalsperren in Aussicht genommenen Stellen im Mesengebiet günstig seien, während die gleichen Verhältnisse im Glaser Gebirge weniger günstig lägen.

## Deutschland.

Berlin, 11. August. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Kaiser Wilhelm hat das wiederholte Anerbieten des Sultans, das Arrangement der Unterbringung und Verpflegung für ihn, den Kaiser, und sein Gefolge gelegentlich der Reise nach Palästina ihm, dem Sultan, zu überlassen, dankend abgelehnt und dasselbe sowohl für Palästina wie für Ägypten dem Hause Cook übertragen. Zu Ehren des deutschen Kaisers wird das syrische Armeekorps der Jassa zu einer großen Parade zusammengezogen.

Fürst Herbert Bischoff hat auf das Beileidschreiben des Bundesrats des Reichsfanzler Fürsten zu Hohenlohe wie folgt geantwortet: „Die warme Anerkennung, welche der Bundesrat in vollendeter Form dem Andenken meines entschlafenen Vaters gewidmet hat, und die schönen Worte, mit denen die hohe Körperschaft seiner Thaten gedenkt, werden für alle Zeiten mein Gedächtnis ehren und eines der wertvollsten Stücke des Familienarchivs bilden. Eine Durchsicht darf ich als Vorhaben des Bundesrats ergehen lassen. Den Ausdruck meines tiefsten Dankes für diese dankwürdige Kundgebung gedenke ich entgegenzunehmen und den unterzeichneten Herren übermitteln zu wollen.“

Der hiesige hiesige Gesandte übermittelte dem Auswärtigen Amt außer dem Beileidschreiben der hiesigen Regierung auch den Wortlaut eines ihm telegraphisch zugegangenen Erlasses des Kaisers von China, worin nach Hervorhebung der unvergänglichen Verdienste des Fürsten von Bischoff tiefes Bedauern über sein Ableben ausgedrückt wird.

Die Witterung, wonach auf eine Vorlage über die Abänderung des Autorenrechts schon für die nächste Reichstagsession zu rechnen sei, wird als verfrüht bezeichnet. Abgesehen davon, daß es sich hier um eine sehr schwierige Materie handelt, besteht auch über das Maß und die Richtung der vorzunehmenden Abänderungen noch nicht entfernt der Grad von Uebereinstimmung zwischen den einzelstaatlichen Regierungen, der als eine notwendige Voraussetzung dafür angesehen werden muß, daß an einer Revision der bestehenden Gesetzgebung herangetreten werde.

## Frankreich.

Paris, 10. August. Die Meldung des „Gaulois“, daß du Paty de Clam seine Verurteilung zu verfolgen beschloß, ist unwahr; obwohl der „Siecle“ die Anlagen wiederholt, rüht sich du Paty nicht. Das Dreyfus-Syndikat verbreitet eine Flugchrift, betitelt „Esterhazy's Verrath“, worin neue Einzelheiten über die Beziehungen Esterhazy's zu Schwarzkoppen entrollt werden. „Zentralfunktion“ betreiben eine immer wüthendere Propaganda und fordern die Entlassung aller protestantischen Staatsbeamten; Drumont befürwortet die Feiern der bevorstehenden Bartholomäusnacht als nationalen Gedenktag.

## Dänemark.

Kopenhagen, 10. August. Seit einiger Zeit verlautete gerüchelt, daß die Regierung eine halbe Million nicht bewilligter Gelder für Rüstungszwecke verwendet hätte. Heute Abend bestätigte die Regierung offiziell die Korrektheit dieses Gerüchtes und theilt mit, daß sie dem Reichstag später eine diesbezügliche Novelle vorlegen beabsichtige. Das Geld ist größtentheils zur Ergänzung des Munitionsvorrathes verwendet worden. Da der Reichstag früher mehrmals Vorschläge der Regierung, für diesen Zweck Gelder zu bewilligen, verweigert hat, scheint eine scharfe Konfliktfrage aufzudämmern.

## England.

London, 10. August. Unterhaus. Bei Erörterung der zweiten Lesung der Appropriationsbill greift Dilke die auswärtige Politik der Regierung an, die auf Akreta, Madagaskar, in Siam und im fernen Osten in Folge Mangels an Festigkeit Mißsto gemacht habe. England habe China, im Falle es wegen der England ertheilten Konzeptionen angegriffen würde, Unterstützung versprochen. Ein Angriff sei nicht wahrscheinlich, weil England nicht in dem Zustande sei, einen Krieg in jenem Welttheile unternehmen zu können, und weil China durch von England habe. Frankreich, Ungarn und Deutschland schloßen die „offene Thür“ nicht nur in ihren Einflusssphären, sondern auch in einem Theil der englischen Einflusssphäre. Frage, Robson, Grotton und Lamberton geseien jodann die von der Regierung in China befolgte Politik an, während Bethell dieselbe unterläßt. Harcourt erklärt, das Land wünsche eine Politik der „offenen Thür“, die ihm das Recht des Zutritts für den Handel in allen Theilen Chinas gebe, und befragt sich darüber, daß dem Hause erst jetzt davon Mitteilung gemacht werde, daß der Gesandte in Peking, Macdonald, im März angewiesen worden sei, die Festsetzung von Vorzugsrechten in den Konzeptionen zu verhindern. Wo sei aber Angesichts des Memorandums des deutschen Staatssekretärs von Bülow die „offene Thür“? Soweit bekannt, habe die Regierung gegen Deutschlands ertrordinären Anspruch auf Vorzugsrechte in der Provinz Schantung nicht Einspruch erhoben.

Harcourt drückt alsdann sein Bedauern über die von verantwortlichen Persönlichkeiten bei Besprechung der Beziehungen zu Russland angewandte Sprache aus. Eine solche, theils drohende, theils beleidigende Sprache mache eine staatsmännische Diplomatie und freundschaftliche Beziehungen unmöglich. Für den Fall eines Konfliktes mit Russland müsse man daran denken, daß derselbe nicht zur See, sondern zu Lande auszufechten sein werde. Weiße Staatsmänner würden die Fragen auf diplomatischem, friedlichem Wege lösen. Die chinesische Frage sei nicht durch Jänereien in Peking, sondern durch Intervention der auswärtigen Vertreter in London und Petersburg zu lösen.

Der erste Lord des Schatzes Balfour drückt sein lebhaftes Bedauern aus, daß der Parlaments-Untersekretär des Leuhens, Curzon, durch ein ernstes Unwohlsein verhindert sei, sich an der Debatte zu betheiligen, zumal es die letzte Gelegenheit sei, bei der er vor dem Unterhause über die auswärtigen Angelegenheiten hätte sprechen können. Balfour vertheidigt die Politik der Regierung und erklärt in Betreff der Kritik Harcourt's an der auf Deutschland freiwillig hinsichtlich Weibahwei gegebenen Versicherung, er trage nicht, daß Deutschland Anspruch auf eine Mittheilung habe, aber was würde man gesagt haben, wenn Deutschland einen militärischen Hafen in den Provinzen am Yangtsekiang genommen hätte, ohne England Versicherungen zu geben. Was dem Einen recht, sei dem Andern billig. Was England von Deutschland erwartet haben würde, konnte England wohl auch Deutschland gegenüber thun. Des weiteren erklärt Balfour, er glaube, es wäre ein unfreundlicher Akt gewesen, wenn England beispielsweise bei der chinesischen Regierung auf einer Eisenbahn durch Schantung nach Kiautschau bestanden hätte; das wäre gerade so als ob Deutschland auf einer Eisenbahn nach einem der englischen Häfen in anderen Theilen Chinas bestanden haben würde. Aber die Depeche der englischen Regierung an die deutsche enthalte nicht ein Wort, welches bezeuge, daß Deutschland im Besitze irgend eines anderen Rechtes sei, als es gemäß den vorhandenen Verträgen habe. Die Depeche erkläre, daß England mit der Uebnahme Weibahwei einfach eine selbständige Flottenbasis in den nördlichen Gewässern Chinas haben wollte. Harcourt habe behauptet, daß die Thier geschloßen sei durch die Bestimmung, daß sämtliches Eisenbahnmateriale aus dem Lande gekauft werden solle, aber England habe nie der Ansicht Deutschlands über diesen Gegenstand beigepflichtet. Wie er (Balfour) Deutschlands Anspruch vertheide, so gehe er dahin, daß die erste Offerte für Eisenbahnmateriale deutschen Firmen gegeben werden solle; aber er fasse ihn auch dahin auf, daß, falls Firmen anderer Nationen billigere Bedingungen anbieten, diese angenommen werden. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die zweite Lesung der Appropriationsbill angenommen.

## Rußland.

Petersburg, 10. August. Die bestehenden Bestimmungen über die Uniformen und die Uniformierung der Offiziere sollen abgeändert werden. Der Kriegsminister hatte eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über diese Fragen beauftragt und, nachdem die Kommission ihre Arbeiten beendet hat, ist das von ihr abgefaßte Gutachten im „Russk. Jwalsk“, dem amtlichen Organ des Kriegsministeriums, veröffentlicht worden. Die wichtigste Empfehlung der Kommission bezüglich der Uniformierung besteht in der Befürwortung, die alte Uniformierung der Kavallerie wieder herzustellen. „Die Mittelfür zu Uniformen und Lanenuniform“, heißt es im „Russk. Jw.“, mit der die militärischen Verdienste der Truppenheute, die Ueberlieferung der Regimenter und die Bürgerhaft für ihre Schneiderei und Tapferkeit in künftigen Kriegen verknüpft sind, kann zu gleicher Zeit die wohlhabende Jugend in den Kavalleriedienst ziehen. Für den alltäglichen Gebrauch in der Front und außerhalb des Dienstes soll unter der Bezeichnung „Zushurka“ (bergeleitet vom französischen zoujars) eine Blause nach österreichischem Muster eingeführt werden. Außerhalb des Dienstes darf der bisherige Interimsmantel getragen werden, doch sollen Offiziere zu seiner Anschaffung nicht verpflichtet werden. Der bisherige Uniformrock, der dem deutschen Waffenrock entspricht, bleibt für die Paraden, die Uniformhose wird beibehalten und von der geplanten Einführung einer graubauen Hofe Abstand genommen. Die kostspielige Fellmütze soll durch eine andere Paradehülle ersetzt werden. Alle Offiziere sollen gasontirte Portrees erhalten, die hohen Stiefeln nur für den Front- und Felddienst beibehalten werden. Die allgemeine Generalsuniform wird nur für die Generale obligatorisch gemacht, die nicht zum Tragen einer Regimentsuniform oder der Uniform einer besonderen Waffengattung berechtigt sind, und alle Offiziere sollen Knöpfe mit dem Adler erhalten, wie sie jetzt nur von den Gvrberegnern, dem Generalstab und den Generalen getragen werden. Durch Einführung dieser Neuerungen wird mit dem unter Alexander III. befolgten Grundfah, der Uniformierung der russischen Armee die russische Nationaltracht zu Grunde zu legen, gebrochen.

## Von der Marine.

Kiel, 10. August. Lebhafteste Thätigkeit herrscht jetzt auf der Germania-Werft, der in diesem Jahre auch der Bau des Panzerschiffes 1. Klasse „Graf König Wilhelm“ von 115 Meter Länge, 10 500—11 000 Tonnen Wasserverdrängung, 13 000 indizierten Pferdekraften für eine Geschwindigkeit von 18 Knoten übertragen ist. Im Bau begriffen sind auf der Werft Kreuzer „Gazelle“ von 2600 Tonnen und 6000 indizierten Pferdekraften, eine Maschinen- und Resselanlage für den Kreuzer 2. Klasse „Fregat“, der im November seine Probefahrten beginnen soll, und ebenfalls die Kessel- und Maschinenanlage für das Panzerschiff erster Klasse „Kaiser Wilhelm II.“ von 13 000 indizierten Pferdekraften. Zwei für die deutsche Marine gebaute Hochseetorpedoboote von 49,05 Meter Länge mit Maschinen von 2700 indizierten Pferdekraften für eine Geschwindigkeit von 23 Knoten, sind bereits so weit fertig, daß mit den Probefahrten hat begonnen werden können. Außerdem baut die Germania-Werft noch einen

Torpedokreuzer für Brasilien von 82 Meter Länge, 1030 Tonnen Wasserverdrängung und mit Maschinen von 6000 indizierten Pferdekraften für eine Geschwindigkeit von 22 Knoten; bekanntlich wurde ein Schiff von ähnlichen Dimensionen, der „Tupy“, im vorigen Jahre an die brasilianische Regierung abgeliefert.

## Arbeiterbewegung.

In Frankfurt a. M. dauert der Ausstand der Maurer fort. Bis auf wenige Ausnahmen ist den Weisungen des Ausstandsausschusses der Maurer, von den Baustellen fern zu bleiben, Folge geleistet worden. Ueberall, wo sie nicht von Lehrlingen und Tagelöhnern befragt werden können, ruht die Arbeit. Die Maurer sind in ihren Heimathorten geblieben, wo ihnen im Augenblick die Ernte Arbeit bietet. — In Mainz hat ein Theil der Arbeiter der Runkel'schen Militäreffektenfabrik wegen Lohnstreikes am Montag die Arbeit eingestellt. — Aus Cardiff wird gemeldet: Es sind Anzeigen dafür vorhanden, daß eine baldige Schlichtung des Kohlenarbeiterstransandes zu erwarten ist. Die Direktoren und die Arbeiter der Tredegar Coal and Iron Company und ebenso die in Rhymney haben Verhandlungen zum Zweck einer unabhängigen Regelung auf der Grundlage eines Minimallohns eingeleitet. Man glaubt, ihr Beispiel werde sehr großen Einfluß ausüben.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. August. Wir theilten gestern mit, daß der Begründer des „Eisenwerk Kraft“, Graf Guido Hendl von Donnersmard eine „Guido-Sitzung“ für wohltätige Zwecke mit einer Million Mark Kapital begründet hat, es gelang dies aus Anlaß seines 68. Geburtstages sowie 50jährigen Jdelommissionis-Jubiläums. Sein Vater, Graf Karl Hendl von Donnersmard, entlagte dem Besitz zu Gunsten seines Sohnes an dessen 18. Geburtstag; er starb erst 1864. Graf Guido Hendl ist Besitzer der freien Standesherrschaft Tarnowitz-Mendel und Ausruher eines zweiten Jdelommissiones seiner Familie und hat neuerdings noch ein drittes Jdelommissiones gestiftet, das sein zweitältester Sohn erben soll. Seine großen Besitzungen liegen in den oberhiesigen Kreisen Deuthen, Tarnowitz, Jazbe und Lublitz, ferner in Russisch-Polen und in Galizien. Auf seinen Gütern hat er Bergwerke und industrielle Geschäftsbetriebe angelegt, und erst in den letzten Jahren hat er bei Stettin ein Hochofenwerk gebaut, das vor kurzem auf eine Aktiengesellschaft übergegangen ist. Als Besitzer der oben genannten freien Standesherrschaft ist Graf Hendl erliches Mitglied des Herrenhauses; seit 1884 ist er auch Mitglied des Staatsrates. Im Herzogthum Schleien bekleidet er die Würde eines Erb-Ober-Land-Mundschenken. Im Herrenhause ist Graf Hendl wenig hervorgetreten, dagegen hat er früher mehr als politischer Leben sich betheiligt. Im Jahre 1867 wurde er vom Wahlkreise Deuthen in den konstituierenden und in den ordentlichen norddeutschen Reichstag gewählt. Er schloß sich der nationalliberalen Partei an, legte aber schon im Juli 1868 sein Mandat nieder mit folgender Erklärung: „Zum Entschlusse der Mandatsniederlegung hat mich die Ueberzeugung geführt, daß einerseits der heutige Zeiter des preussischen und deutschen Staatsmensens in der vorliegenden Situation unentbehrlich ist, also wir uns während der bevorstehenden Jahre des Ueberganges seiner Führung unbedingt fügen und von jeder entschlossenen Opposition gegen denselben Abstand nehmen müssen, andererseits ich nicht in Freude und Eifer als Volksvertreter mitwirken kann unter Verhältnissen, welche lediglich eine Fortentwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete, nicht aber ein entscheidendes Vorgehen in liberalen Institutionen oder einheitlicher Gestaltung in Aussicht stellen.“ Im Jahre 1870 wurde er mit der Verwaltung Lothringens betraut, und als die Friedensverhandlungen in Versailles begannen, wurde er vom Grafen Bismarck berufen, um den Vorfall in der deutschen Finanzkommission zu übernehmen. Auch an den Friedensverhandlungen in Frankfurt nahm er Theil. Aus dieser Zeit datirt wohl das enge, freundschaftliche Verhältnis, in dem er bis zum Tode des ersten Reichsfanzlers zu diesem stand. — In der gestrigen stattgefundenen Aufsichtsrathssitzung der Stettiner Elektrizitäts-Werke wurde beschlossen, der am 24. September er. anberaumten General-Versammlung bei reichlichen Abgrenzungen eine Dividende von 7 1/2 Prozent in Vorschlag zu bringen.

Die Statistik der deutschen Turnerschaft ergibt nach den jüngsten Erhebungen eine Zahl von 5999 Vereinen in 5091 Orten gegen 5782 in 4913 Orten im Vorjahre. Die Zunahme der Vereine beträgt also 217. Die Gesamtsumme der Vereinsangehörigen über 14 Jahre stellt sich auf 594 750 gegen 581 103 im Jahre zuvor (+13 647). An den Turnmännern nahmen 288 404 Mitglieder Theil; im Vorjahre waren es 289 025. Jünglinge wurden 87 184 (—159) gezählt. Daneben befehen 589 Frauenabtheilungen mit 18 410 Turnerinnen; im Vorjahre 454 Abtheilungen mit 15 969 Mitglieder.

Der diesjährige ordentliche Verbandstag der deutschen Baugewerks-Verusgenossenschaften wird am Sonnabend, den 3. September cr., zu Breslau unter Vorsitz des Herrn Baumeister Julef-Berlin, Mitglied des Reichs-Versicherungsamts und des preussischen Abgeordnetenhauses, abgehalten werden. Es wird u. A. verhandelt über eine durchgreifende Abhilfe gegen die Beitragsausfälle durch Haftung des Bauobjekts und Vertheilung der Baugewerks-Verusgenossenschaften an der Pariser Weltausstellung 1900.

In den fortgesetzten Beratungen des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands in Halle wurde einstimmig beschlossen, bei dem Bundesrat und dem Reichstag dahin vorstellig zu werden, daß in die Gewerbeordnung eine Bestimmung eingefügt wird, daß Erzeugnisse des Gartenbaues aller Art, als Blumen, Pflanzen, Gemüse, Obst, Bäume, Sträucher, Sämereien und Blumengewächsen, im Ausfuhrwege nur in einem Umkreise von 25 Kilometern von ihrem Produktionsorte vertrieben werden dürfen. Weiter wurde beschlossen, bei der Eisenbahndirektion zu Berlin und dem Ausfuhr



sowie die Bestätigung von dem Abschluss eines politischen und militärischen Bündnisses hat hier eine außerordentliche Befriedigung hervorgerufen.